



LÜBECK

SPD



ZUKUNFT GESTALTEN. FÜR LÜBECK.

UNSER PROGRAMM. FÜR SIE.



www.spd-luebeck.de

**„DER BESTE WEG, DIE ZUKUNFT VORAUSZUSAGEN,
IST, SIE ZU GESTALTEN.“**

WILLY BRANDT

Sozialdemokrat, 1969-1974 Bundeskanzler, 1971 Friedensnobelpreisträger, 1972 Ehrenbürger der Hansestadt Lübeck

LIEBE LÜBECKERIN, LIEBER LÜBECKER,

die SPD Lübeck legt Ihnen ein Wahlprogramm vor, das trotz finanzieller Herausforderungen machbar ist und das wir eins zu eins zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger umsetzen wollen. Wir versprechen nur das, was wir auch halten können. Wir werden uns mit Leidenschaft und mit Augenmaß daran machen, das Leben in unserer Stadt für alle, die hier leben, Stück für Stück weiter zu verbessern.

Unser Realismus bedeutet nicht, dass wir auf Visionen für Lübeck verzichten. Wir wollen die Hansestadt Lübeck stärken und voranbringen, kurz: zukunftsfit machen. Wir werden Lübeck weiterdenken und weiterentwickeln.

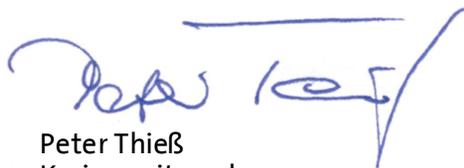
Dabei setzen wir Schwerpunkte:

- Für bezahlbaren Wohnraum, den sich alle leisten können
- Für starke Kinder mit guter Bildung und Betreuung sowie Chancengleichheit für alle
- Für gute und sichere Arbeit für alle zu fairen Löhnen
- Für eine umweltbewusste Stadtentwicklung und Mobilität mit guten Verkehrsanbindungen
- Für ein soziales Gemeinwesen in einer gesunden Stadt
- Für eine weltoffene Stadt der Kultur, des Sports, der Gleichberechtigung, Toleranz und Vielfalt

Wir bitten um Ihre Unterstützung und freuen uns auf Ihre Anregungen und kreativen Ideen. Natürlich auch auf eine aktive Zusammenarbeit, die jederzeit für unsere Ziele für Lübeck willkommen ist.

Am 26. Mai 2013 bitten wir um Ihre Stimme für die SPD.
Für klare Verhältnisse und Verlässlichkeit in der Bürgerschaft.

Freundliche Grüße



Peter Thieß
Kreisvorsitzender
der SPD Lübeck



Jan Lindenau
Vorsitzender
der SPD-Bürgerschaftsfraktion

FÜR SOLIDE FINANZEN.

DAS MACHBARE UMSETZEN.

Die Hansestadt Lübeck befindet sich seit Jahrzehnten in einer überaus schwierigen finanziellen Lage: Die Einnahmen reichten nahezu nie zur Deckung für die notwendigen Aufgaben. Jährlich entstehen dramatisch hohe Defizite, der Schuldenstand der Stadt ist mit insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro viel zu hoch. Verschärft wurde diese Situation durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die u.a. dazu führte, dass die Hansestadt einen Rückgang der Gewerbesteuern um rund 32 Millionen Euro auf nur noch 50 Millionen Euro innerhalb des Jahres 2009 zu verkräften hatte, das sind fast 40 Prozent des Aufkommens. Dennoch ist es der Mehrheit mit der SPD im Rathaus durch eine konsequente Bewirtschaftung der Haushalte in den vergangenen Jahren gelungen, das bisher höchste kalkulierte Defizit des Jahres 2010 um die Hälfte von rund 123 Millionen Euro auf rund 60 Millionen Euro im Jahr 2012 zu reduzieren.

Zum Erhalt einer sozialen Stadt, zum notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung, für den Erhalt einer guten schulischen Infrastruktur sowie kultureller Einrichtungen und zur Sicherung einer leistungsfähigen Verwaltung brauchen wir ausreichende Mittel und solide finanzierte Haushalte. Darum wird die SPD auch in Zukunft mit aller Kraft darauf hinwirken, dass Verwaltungsabläufe effizienter und wirtschaftlicher gestaltet und somit Kosten verringert und die Einnahmen erhöht werden. So wollen wir langfristig den Schuldenstand vermindern. Dazu gehört auch eine maßvolle und sozial gerechte Gestaltung von Steuern, Gebühren, Beiträgen, Subventionen und sonstigen Abgaben in unserer Stadt.

Bei der Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung bleibt kein Bereich unangetastet. Wir müssen unseren Haushalt weiter konsolidieren und uns einer sozial verträglichen Aufgabenkritik stellen, um die Handlungsfähigkeit des Gemeinwesens zu stärken. Ferner ist ein zukunftsorientiertes Personalkonzept erforderlich, das sozial ausgewogene Antworten auf den demografischen Wandel und die veränderten Anforderungen an die Beschäftigten unter Beteiligung derer Interessenvertretung in der Stadtverwaltung gibt. In der Lübecker Stadtverwaltung erhalten Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen – insbesondere auch Menschen mit Verantwortung in Kindererziehung und Pflege. Das Frauenbüro der Hansestadt Lübeck wollen wir erhalten. Pauschale Personalkürzungsvorgaben, wie in der Vergangenheit bereits praktiziert, lehnen wir auch weiterhin ab.

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen des Lübecker Haushaltes werden weitgehend durch die Bundes- und Landesgesetzgebung festgelegt. Klar ist: Lübeck muss sich einer dauernden Gefährdung seiner Einnahmen durch die Bundes- und Landesgesetzgebung widersetzen. Wo Aufgaben an die Hansestadt Lübeck übertragen werden, müssen auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir werden eine intelligente Haushaltskonsolidierung mit Augenmaß betreiben, die nicht die Realitäten und Bedürfnisse der Mitmenschen in unserem Gemeinwesen aus dem Blick verliert. Finanzpolitische Entscheidungen der Vergangenheit wie der Zukunft werden im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern kritisch hinterfragt. Wir werden mit einer vorausschauenden Finanzpolitik nach dem Prinzip agieren, dass ein neues Vorhaben nur beschlossen wird, wenn zugleich entschieden wird, wie die damit verbundenen Kosten finanziert werden.

Den Verkauf städtischer Beteiligungen und Privatisierungen allein aus haushaltspolitischen Gründen lehnen wir genauso ab, wie für Einrichtungen und Aufgaben, die der Daseinsvorsorge dienen. Ein solches Stopfen von Haushaltslöchern wirkt nur einmalig und gleicht keinesfalls laufende Defizite des Haushaltes aus. Maßnahmen zur Reduzierung des laufenden Haushaltsdefizits haben für uns Priorität.

Auch die Beteiligungen der Hansestadt Lübeck (sog. „städtische Gesellschaften“) werden ihren Beitrag zur Sanierung des städtischen Haushaltes beitragen müssen. Im Sinne eines transparenten Haushaltes müssen alle in Gesellschaften ausgelagerten Aufgaben daraufhin geprüft werden, ob eine Bündelung mit Verwaltungsleistungen oder die Rückführung in den öffentlichen Haushalt sinnvoll ist (Daseinsvorsorge). Beteiligungen mit überwiegend kommerzieller Ausrichtung oder dem Ziel der Förderung kommerzieller Branchen sollen so ausgerichtet werden, dass sie künftig mit geringerem oder ganz ohne Zuschuss auskommen. Hierzu werden wir gezielte Steuerungsmaßnahmen wie Zielvereinbarungen und die Änderung von Geschäftsführerverträgen sowie die Beteiligungssteuerung über eine Beteiligungsholding angehen bzw. prüfen.

Ferner streben wir eine höhere Transparenz zwischen Stadt, ihren Bürgerinnen und Bürgern und den Beteiligungen an (Public Corporate Governance Kodex [PCGK]).

ZUKUNFT GESTALTEN. FÜR LÜBECK.

Pläne und Vorhaben der Stadt sollen frühzeitig offen gelegt, den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt und erläutert werden. Einwände und Anregungen sollen auf vielfältige Art in die Entscheidungsfindung von Politik und Verwaltung einbezogen werden. Dies gilt insbesondere auch bei der Umsetzung notwendiger Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen. Hierzu wird u.a. ein weiterer Ausbau des Ratsinformationssystems erfolgen. Ferner soll ein Masterplan „Informationstechnologie“ auf den Weg gebracht werden, der eine Effizienzsteigerung in den Verwaltungsabläufen zur Folge hat (Dokumentenmanagement, Internettelefonie, eGovernment). Lübeck soll Vorreiter für eine bürgernahe, transparente, barrierefreie und elektronische Verwaltung werden. Dazu ist eine kommunale E-Government-Strategie zu entwickeln.

Wir wollen mit digitalen Angeboten, die Partizipation und die Kommunikation zwischen BürgerInnen und Verwaltung, verbessern. Dazu gehört für uns die Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten auf elektronischen Weg. Wir streben die Einrichtung einer zentralen elektronischen Poststelle zur rechtswirksamen Zustellung elektronischer Nachrichten und die Eröffnung eines elektronischen Verwaltungszugangs gemäß Landesverwaltungsgesetz an.

Für uns ist die Haushaltskonsolidierung ein laufender Prozess, der konsequent verfolgt werden muss. Konkret heißt das für uns:

Neubauvorhaben/neue kostenträchtige Projekte werden nur noch dann umgesetzt, wenn diese keine finanziellen Zuwendungen der Hansestadt benötigen, keine Folgekosten für die Hansestadt Lübeck auslösen und die Kreditaufnahme für Investitionen nicht erhöhen. Alternativ können neue Vorhaben nur noch dann umgesetzt werden, wenn nachhaltige Kompensierungsmaßnahmen im städtischen Haushalt benannt werden.

Auswirkungen von Finanzmittelkürzungen durch Bund und Land auf die Förderung von Einrichtungen und Projekten werden durch kommunale Zuwendungen nicht kompensiert.

Die in 2014 auslaufenden Budgetverträge mit freien Trägern (Aufgabenträger in den Bereichen Kinder, Jugend, Sport, Soziales, Umwelt usw.) werden wir finanziell nicht aufstocken können. An der Ausgleichsklausel bei steigenden Personalkosten und einer Vertragslaufzeit von 5 Jahren halten wir fest.

Wir werden eine Neuorganisation des Gebäudemanagements der Hansestadt Lübeck anstreben und die Finanzmittel zur Bauunterhaltung öffentlicher Gebäude neu ausrichten.

Wir verfolgen das Ziel, eine alle städtischen .Gesellschaften umfassende „Beteiligungs-Holding Hansestadt Lübeck“ zu bilden, die neben der direkten Beteiligungssteuerung auch Zentralfunktionen zur Schaffung von Synergien durch übergreifende Dienstleistungen (z.B. IT, Finanz- und Rechnungswesen, Gesellschaftersteuerung, Personalwesen, Beschaffung u.ä.) vorhält.



FÜR EIN SOZIALES GEMEINWESEN.

GESUNDES LEBEN GESTALTEN.

Ziel unserer Entscheidungen ist, mehr soziale Gerechtigkeit in allen Lebensphasen für die Menschen in unserer Stadt zu erreichen. Die Armutsbekämpfung ist zentraler Bestandteil unserer Sozialpolitik. Dabei steht die Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut für uns im Mittelpunkt.

Immer wieder stoßen behinderte und ältere Menschen sprichwörtlich an ihre Grenzen. Deshalb wollen wir den Ausbau der Barrierefreiheit in Lübeck weiter vorantreiben und stärker bei Baumaßnahmen berücksichtigen. Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung müssen ihr Leben mitten unter uns frei und gleichberechtigt gestalten können.

Die Lebensqualität von Menschen mit Behinderung muss der von Menschen ohne Behinderung gleichgestellt sein. Dabei geht es uns auch um die „Barrieren im Kopf“, die es anzusprechen und zu beseitigen gilt. Wir nehmen ausdrücklich Bezug auf die UN-Behindertenrechtskonvention und befürworten eine hierauf ausgerichtete Neuauflage eines Teilhabepans (ehemals Behindertenplan) für die Hansestadt Lübeck.

Die Verkehrswege der Stadt, der Öffentlichen Personennahverkehr und die Zugänge zu allen öffentlichen Gebäuden sind weiter barrierefrei zu gestalten.

Die Schaffung sozialen Wohnraums als öffentliche und kommunale Aufgabe wollen wir erhalten, um allen Menschen das Leben in einer Wohnung und in einem Wohnumfeld zu ermöglichen, das ihre Würde respektiert und in dem sie sich wohl fühlen können. Wir wollen eine Wohnungspolitik, die ein soziales und gesellschaftliches Miteinander aller Bevölkerungsgruppen in den Stadtteilen fördert. Mieten müssen auch in Zukunft bezahlbar bleiben. Wohnprojekte (z.B. für Senioren, als Mehrgenerationenhäuser oder als genossenschaftliches Modell) wollen wir planerisch ermöglichen und unterstützen. Wir werden mit den Wohnungsunternehmen in der Hansestadt und besonders mit der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft „Trave“ unsere Wohnungspolitik auf diese Aufgabe ausrichten.

Die Wohnungsbaugesellschaften sind verstärkt gefragt, einen aktiven Beitrag zur Vermeidung sozialer Brennpunkte durch ihre Mietpreis- und Angebotspolitik sowie durch ergänzende Dienstleistungen zu liefern. Den

geförderten Wohnungsbau wollen wir im Interesse der MieterInnen nutzen und damit die Ansprüche einer spannungsfreien, zukunftsorientierten Stadtentwicklung durchsetzen. Das Leitbild der „Sozialen Stadt“ ist hierzu eine wichtige Voraussetzung.

Wir wollen, dass Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderung so lange wie möglich selbstständig leben können. Dazu ist es notwendig, die Zahl der barrierefreien Wohnungen zu erhöhen. Benötigen sie Unterstützung, müssen ausreichend ambulante Serviceangebote zur Verfügung stehen, damit ein Leben in den eigenen vier Wänden weiterhin bewerkstelligt werden kann.

Konzepte der Seniorentreffs müssen den Bedürfnissen der heutigen Seniorengeneration angepasst werden, sodass die Häuser zu wirklichen „Stadtteilzentren“ werden.

Die Pflegeplanung ist gemeinsam mit den Sozialverbänden im Sinne des Konzeptes „Leben und Wohnen im Alter“ weiter zu entwickeln.

Der Sozialstaat ist die organisierte Solidarität zwischen Frau und Mann, Jung und Alt, Gesunden und Kranken, Menschen mit und ohne Behinderung. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aber geht es um mehr:

Menschen die versuchen, ihre Probleme aus eigener Kraft oder gemeinsam mit anderen anzupacken, wollen wir Hilfe anbieten.

Es sind neue Formen der Zusammenarbeit von Sozialverwaltung und Selbsthilfeinstitutionen zu unterstützen. Wir wollen die Selbsthilfebewegung fördern und ihre Ideen und ihre Erfahrungen für die Menschen nutzbar machen.

Zu einem gesunden Gemeinwesen in unserer Stadt gehört das ehrenamtliche Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die SPD Lübeck begrüßt und unterstützt die vielfältigen Aktivitäten der Ehrenamtlichen, die unsere Stadt lebenswerter und bunter machen.

Eine gute soziale Infrastruktur zeichnet unser Gemeinwesen aus, macht Lübeck als Wohnort attraktiv und ist deshalb nicht zuletzt ein wichtiger Standortfaktor.

ZUKUNFT GESTALTEN. *FÜR LÜBECK.*

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lassen nicht zu, dass der Zugang zu guter medizinischer Versorgung und Hilfe und die Chance auf ein gesundes Leben abhängig von Einkommen, Sozialstatus oder Wohngebieten sind.

Unsere politischen Initiativen werden sich sowohl auf Prävention und Gesundheitsbildung als auch auf die Unterstützung im Alter oder bei Krankheit beziehen.

Wir sehen es als Respekt und Achtung vor der Lebensleistung der älteren Generation an, dass jedem älteren Menschen, egal woher er stammt, ein Lebensabend in Würde und Anstand ermöglicht wird. Um dieses Ziel zu erreichen, sprechen wir uns für den Erhalt der städtischen SeniorInnen-Einrichtungen in kommunaler Hand aus. Den finanziellen und strukturellen Sanierungskurs der städtischen SeniorenInnen-Einrichtungen (SIE) unterstützen wir, aber er darf weder auf Kosten der Pflegequalität noch auf dem Rücken der Beschäftigten der SIE erfolgen.

Wir wollen die Vernetzung der vorhandenen Hilfen von Gesundheits-, von Jugend- und von Sozialverwaltung deutlich verbessern.

Zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus der Fortschreibung des Suchthilfeplans fordern wir eine gerechtere Verteilung der Landesmittel zur Stärkung der Beratungsstellen zur Suchtbekämpfung, auch für Kinder oder Angehörige. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Verbraucherzentralen und unabhängige Patientenberatung weiterhin in diesem Maße bereitgestellt werden können.

Die SPD erklärt sich solidarisch mit den von HIV und Aids betroffenen Menschen. Sie setzt sich für die Bestandserhaltung der Beratungsstellen ein.

Gewalt gegen Frauen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wir unterstützen zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen weiterhin die Arbeit der Frauenprojekte, Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser.



FÜR EINEN INNOVATIVEN WIRTSCHAFTSSTANDORT.

GUTE UND SICHERE ARBEIT BEFÖRDERN.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist und bleibt der Erhalt und die Schaffung zukunftssicherer und guter Arbeits- und Ausbildungsplätze. Das erreichen wir durch die Förderung von Wissenschaft, Forschung, Bildung und wirtschaftsnaher Infrastruktur. Dazu gehört eine Wirtschaftspolitik, die sich durch Verlässlichkeit, hohe Servicequalität und zügige Herstellung der Planungssicherheit auszeichnet.

Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Arbeitsplätze müssen deshalb auf Dauer angelegt sein. Leiharbeit, Werkverträge und prekäre Beschäftigung sind besonders für Frauen der sichere Weg in die Altersarmut und werden deshalb von uns abgelehnt.

Die SPD Lübeck bekennt sich zum Flächentarifvertrag als Beitrag gleichartiger Wettbewerbsbedingungen innerhalb der einzelnen Branchen und Dienstleistungen. Deshalb wird in ihrem Verantwortungsbereich eine Tarifbindung über die zuständigen Arbeitgeberverbände als selbstverständlich betrachtet. Im Rahmen der Tarifautonomie findet hier der soziale Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften statt. Die Flucht aus Tarifbindungen wird abgelehnt.

Die Lübecker SPD wird darauf achten, dass LeiharbeiterInnen mindestens den gleichen Lohn wie die StammarbeiterInnen erhalten und selbstverständlich darauf, dass Frauen und Männer gleich bezahlt werden: Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist zwingend zu beachten.

Die SPD Lübeck unterstützt deshalb die Forderung nach einem Mindestlohn von zur Zeit 8,50 € pro Stunde und wird in ihrem Einflussbereich darauf hinwirken, dass geringere Arbeitslöhne weder direkt noch in Leiharbeit oder durch Subunternehmen gezahlt werden dürfen.

Wir werden die Attraktivität Lübecks als Ort zum Leben und Arbeiten, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung weiter steigern, damit Fachkräfte hier ihren Arbeitsplatz finden und Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sich weiter entwickeln können.

Wir werden durch gezielte Maßnahmen mit allen wichtigen Kooperationspartnern dafür sorgen, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen signifi-

kant sinkt. Außerdem ist Teilhabe am Arbeitsleben auch die Verwirklichung des Rechtes auf ein menschenwürdiges Dasein für die Betroffenen. Wir setzen auf eine aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehören für uns auch gerechte Löhne für gute Arbeit. Die Berufs- und Qualifizierungsgesellschaft Lübeck (BQL) wollen wir zur kommunalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft weiterentwickeln. Wir streben eine Arbeitnehmerkapitalbeteiligung an den städtischen Gesellschaften an.

Öffentliche Auftragsvergaben sollen nur an Firmen mit ortsüblichem Tarif oder Mindestlohn unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards sowie entsprechender Kontrollmöglichkeiten bei der Vergabe erfolgen.

Durch gezielte Maßnahmen werden wir für ein reibungsloses Übergangsmanagement von der Schule in eine Berufsausbildung oder eine weiterführende Qualifizierung sorgen. Jugendliche ohne Perspektive kann sich diese Stadt nicht mehr leisten.

Die Stärken des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts wollen wir weiter offensiv fördern. Hafen- und Logistikwirtschaft, Gesundheits- und Ernährungswirtschaft, Tourismus und Handel sind die Treiber für Wachstum und Arbeitsplätze in Lübeck auch in der Zukunft. Damit wir das erreichen, brauchen wir aber auch eine leistungsstarke Hochschul- und Bildungslandschaft, eine leistungsfähige wie zuverlässige Infrastruktur.

Lübeck als Mitglied in der Metropolregion Hamburg mit 5,4 Millionen Einwohnern, setzt auf dynamische Impulse für den Wirtschaftsstandort. Die Hansestadt Lübeck, die benachbarten Kreise, Städte und Gemeinden, das Hamburger Umland und die Hansestadt Hamburg brauchen einander. Zu einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg gibt es deshalb keine vernünftige Alternative.

Gute Nachbarschaft sorgt für fairen Interessensausgleich: die Ansiedlung von Ikea war nur deshalb schnell und zügig möglich, weil

ZUKUNFT GESTALTEN. *FÜR LÜBECK.*

Lübeck und die Nachbarkreise trotz mancher Streitfragen im Detail gut und vertrauensvoll zusammengearbeitet haben. Ebenso wichtig war der Beitritt der Hansestadt Lübeck zur Metropolregion Hamburg. Die Aufnahme weiterer Kreise bietet die Grundlage für eine intensive Zusammenarbeit unter Nachbarn.

Die feste Fehmarnbeltquerung ist beschlossen. Jetzt gilt es, diese Herausforderung anzunehmen und die Voraussetzungen zu schaffen, damit wir insgesamt davon profitieren und Belastungen vermeiden.

Der Lübecker Hafen ist und bleibt ein wichtiger Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor für die Region. Wir streben an, dass Lübeck als Kernhafen in die Transeuropäischen Netze (TEN) aufgenommen wird. Die Hansestadt kann damit ihre führende Rolle, Verkehrsdrehscheibe zwischen dem gesamten Ostseeraum und Kontinentaleuropa sowohl von Nord nach Süd als auch von West nach Ost, weiter festigen.

Dafür wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen:

- Neuer Hafenentwicklungsplan unter Einbeziehung der Festen Fehmarnbeltquerung.
- An den wirtschaftlichen Erfordernissen angepasster Ausbau des Hafens und der Hinterlandanbindung mit der Zielrichtung mehr Güter auf die Schiene zu bringen.
- Bündelung der logistischen Kompetenzen in der Initiative logRegio zur Verbesserung der Vermarktung des Logistik- und Hafenstandorts Lübeck.
- Förderung eines Flüssiggas-Terminals (LNG) für die Umstellung auf umweltschonenden Schiffsantrieb auch in Kooperation mit unseren Gegenhäfen. Wir wollen umweltfreundlichen Schiffsverkehr fördern. Die Versorgung der Fährschiffe mit Landstrom wird in den Lübecker Häfen konsequent weiter verfolgt, um die durch den Schiffsverkehr verursachten Emissionen drastisch zu vermindern.
- Unterstützung für den Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals und den Erhalt des Wasser- und Schifffahrtsamtes in Lübeck.



ZUKUNFT GESTALTEN. FÜR LÜBECK.

Die Innovationsfähigkeit und -kraft Lübecks sind neben einer leistungsfähigen Infrastruktur die Voraussetzung für eine erfolgreiche Positionierung als dynamischer Wirtschaftsstandort. Eine besondere Rolle spielen hierbei die Lübecker Hochschulen - die zur europäischen Spitzenklasse gehören - die Forschungseinrichtungen sowie die Technik- und Gründerzentren. Deshalb wollen wir unsere dynamische Wissenschaftslandschaft und Unternehmensausgründungen aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen heraus weiter fördern.

Der Einzelhandel hat in den vergangenen Jahren erheblich an Attraktivität gewonnen. Mit der Umgestaltung der Rippenstraßen, der Obertrave und der Flanierzone vom Klingenberg bis zum Schragen wurden die Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Aber auch die Nahversorgung in den Stadtteilen konnte deutlich verbessert werden. Wir setzen uns für weitere Stärkung des Einzelhandelsstandorts ein (z.B. Realisierung des IKEA-Projekts in Lübeck-Dänischburg).

Der Tourismus ist für die Hansestadt Lübeck ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Unser Alleinstellungsmerkmal ist die Verbindung von UNESCO-Weltkulturerbe und Strandvergnügen. Wir wollen den Tourismus weiter stärken und die Rahmenbedingungen weiter verbessern und die Zahl der Übernachtungen steigern. Das wollen wir erreichen durch die Unterstützung der „Touristischen Wachstumsstrategie 2020plus“:

- Schaffung von angemessenen neuen Hotelkapazitäten in der Innenstadt und in Travemünde, insbesondere auch von preiswerten Angeboten sowie im Mittelklassesegment.
- Einführung einer zweckgebundenen Fremdenverkehrsabgabe für das gesamte Stadtgebiet anstelle der Bettensteuer zur Verbesserung der touristischen Vermarktung Lübecks und Travemündes.

Wir setzen uns im Rahmen der Wirtschaftsförderung für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen ein:

- Schaffung eines Kompetenzpools zur Gewinnung von Fördermitteln
- Entwicklungskonzept zur Begleitung der Herausforderungen aus der Festen Fehmarnbeltquerung
- Ausweisung von neuen, auch interkommunalen Gewerbeflächen
- Ausbau der Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderern in der Region
- Stärkung der Branchencluster
- Stärkung als Standort für Windenergieunternehmen
- Fortführung und Weiterentwicklung des Projekts „Lernen vor Ort“
- Stärkung des Weiterbildungsverbunds



FÜR EINE UMWELTBEWUSSTE STADTENTWICKLUNG. *BEZAHLBARE, SAUBERE ENERGIE UND MOBILITÄT VORANTREIBEN.*

Lübeck ist eine weltoffene Stadt in der die BürgerInnen und BesucherInnen sich wohl fühlen können. Damit dies so bleibt, müssen wir unser Lübeck weiterentwickeln. Dies kann nur in einem stetigen und dynamischen Prozess geschehen, in dem städtebauliche Konzepte für Lübeck und seine Stadtteile aufgestellt, hinterfragt und immer wieder angepasst werden müssen.

Wir werden für unsere Stadtteile unser Engagement verstärken. Dafür werden wir Städtebauförderungsprogramme wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ nutzen, und begonnene Initiativen konsequent fortsetzen. Dazu gehört auch die Sicherung der Nahversorgung, des Dienstleistungs- und eines sinnvollen Freizeitangebotes in den Stadtteilen sowie eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr.

Wir wollen mehr öffentlich begehbaren Raum in Stadtteilen mit hoher Bebauungsdichte. Plätze sind Treffpunkte beim Einkaufen und in der Freizeit zur Kommunikation und zur Erholung.

Wir benötigen eine demographisch gerechte Wohnraumentwicklung in den Stadtteilen. Geeignete Wohnformen für Familien, für Seniorinnen und Senioren sowie Studentinnen und Studenten unterstützt die SPD ebenso wie Bauvorhaben in „Gruppenselbsthilfemaßnahmen“.

Wir wollen auch weiter in der Lübecker Altstadt bezahlbaren Wohnraum sichern. Sanierungen, die das historische Stadtbild erhalten, wollen wir auch weiterhin fördern. Darauf legen wir bei der Neugestaltung des Gründerviertels besonderen Wert.

Mobilität ist für Menschen in unserer Gesellschaft ein existenzielles Erfordernis und ermöglicht uns die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben. Diesen Entwicklungen muss eine fortschrittliche Verkehrspolitik für Lübeck gerecht werden. Die SPD setzt dabei auf intelligente Lösungen, die den sozialen, ökonomischen und ökologischen Anforderungen gleichermaßen gerecht werden:

Alle Verkehrsträger sind optimal zu vernetzen, die Verkehrspolitik von Stadt, Land und Bund ist zu harmonisieren.
Wir werden vorrangig das Fuß- und Radwegenetz sanieren und ausbauen. Dazu gehören auch mehr Fahrradabstellplätze.

Der Stadtverkehr mit Bus und Bahn muss als attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr gestärkt werden, z. B. durch mehr Busspuren und eine Vorrangschaltung an den Ampeln.

Die SPD will verstärkt die Mobilität älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger so lange wie möglich erhalten, insbesondere durch seniorengerechte Angebote im öffentlichen Personennahverkehr.

Der Lübecker Schienenverkehr wird auf bestehenden Strecken zu einem S-Bahn-Verkehr mit zusätzlichen Haltepunkten (z. B. Hochschulstadtteil, Moisling, Dänischburg) weiterentwickelt. Wir setzen uns dafür ein, dass Lübeck mittelfristig in den Hamburger Verkehrsverbund (HVV) aufgenommen wird.

In den Stadtteilen wollen wir zum Schutz weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen umsetzen. Schwerlastverkehr muss aus Wohngebieten heraus gehalten werden.

Wir wollen den Verkehrslärm und die Luftverschmutzung durch ein abgestimmtes Konzept verkehrslenkender, regulierender und baulicher Maßnahmen mindern. Erforderlich ist Tempo 100 auf den wohnortnahen Autobahnabschnitten. Die Einführung von Elektromobilität in Lübeck soll durch die Stadtwerke und besondere car-sharing-Angebote gefördert werden.

Wir fordern eine bessere Schienenanbindung für unsere Stadt. Lübeck und Travemünde benötigen mehr direkte Bahnverbindungen über Hamburg hinaus.

Der Flughafen Blankensee wird von uns nicht mehr finanziell unterstützt; ein Nachtflugverbot ist unerlässlich.

Umwelt- und Energiepolitik sind heute wichtige Querschnittsaufgaben einer modernen Kommune.

Ökologie und Ökonomie sind kein Widerspruch, denn jede Investition in Natur- und Umweltschutzmaßnahmen führt nicht nur zu einer Erhöhung der Lebensqualität.

ZUKUNFT GESTALTEN. FÜR LÜBECK.

Ein attraktives Umfeld, das zum Erholen und Naturerleben einlädt, ist zu einem immer wichtigeren Standortfaktor für Familien, den Tourismus und ansiedlungswillige Unternehmen geworden.

Umweltschutz und der Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten selbstverständlicher politischer Anspruch.

Lübeck verfügt über eine Vielzahl an Natur- und Freiräumen und eine reichhaltige Pflanzenwelt. Wunderschöne Wiesen- und Waldlandschaften, Flüsse und Seen machen Lübeck zu einer lebenswerten Stadt im Grünen, attraktiv für die Bürgerinnen und Bürger und unsere Besucher.

Bestehende Natur- und Landschaftsschutzgebiete, die den Menschen dieser Stadt als Erholungsgebiete dienen, bleiben erhalten. Für unsere Kinder bedeuten sie gleichzeitig wichtige Bewegungs-, Erfahrungs-, Erlebnis- und Lernräume.

Wir werden weiter an der Verminderung von Lärm und Luftverunreinigung und für saubere Gewässer arbeiten.

Wir werden den Flächenverbrauch für notwendige Investitionen so gering wie möglich halten und unnötige Eingriffe in die Natur vermeiden. Vorrangig sollen brachliegende Industrieflächen (z.B. Dänischburg) baulich genutzt werden. Ökologische Ausgleichsmaßnahmen sind möglichst ortsnahe durchzuführen.

Die von uns eingeleitete Neuausrichtung der Stadtwerke Lübeck zur Umsetzung der Energiewende in unserer Stadt z.B. durch

- Energieberatung
- Bürgersolarkraftwerk
- Energieerzeugung (auch durch Beteiligung an Offshore-Wind-Anlagen)

werden wir weiter erfolgreich ausbauen.

Die Förderprogramme zur energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden werden wir weiterhin zielgerichtet ausschöpfen.

Wir wollen den Stadtwald für die Bevölkerung attraktiver machen. Die städtischen Wälder müssen als Naherholungsgebiete und zum Klimaausgleich im Eigentum der Hansestadt Lübeck bleiben. Sie müssen auf der Grundlage eines ökologisch nachhaltigen forstwirtschaftlichen Konzeptes bewirtschaftet werden.

Wir haben die Entsorgungsbetriebe in die kommunale Verantwortung zurückgeführt. Eine erneute Privatisierung wird es mit uns nicht geben.

Wir setzen auf eine integrierte Stadtentwicklung mit Urbanität und kurzen Wegen sowie auf eine ökologische Sanierung von Stadtteilen durch Verzahnung von Stadt und Natur.



FÜR BILDUNGSGERECHTIGKEIT VON ANFANG AN. *KINDER, JUGENDLICHE UND FAMILIEN STÄRKEN.*

Bildung ist der Schlüssel zur Chancengleichheit. Bildung ist ein Grundrecht. Sie ermöglicht aktive und kritische Teilhabe an allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Besonders Gemeinschaftsschulen mit Ganztagsangebot erfüllen diesen Auftrag. Daher wollen wir ein offenes und gebundenes Ganztagsangebot und die Schulsozialarbeit an allen Schulen weiter ausbauen. Wir wollen die Zahl der SchulabbrecherInnen in Lübeck deutlich senken. Hierfür müssen wirksame Strategien entwickelt werden. Unser Ziel ist es, allen Eltern und Kindern die freie Wahl ihrer Schulart und Schule zu ermöglichen. Gemeinsames Lernen für alle Schülerinnen und Schüler (Inklusion) von Anfang an mit individueller Förderung und Unterstützung wollen wir vorantreiben. Dabei sollen die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe Berücksichtigung finden.

Die Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen wollen wir fließender gestalten. Dafür wollen wir Kooperationen von Kindertagesstätten und Grundschulen, Grundschulen und weiterführender Schulen sowie den Übergang in das Berufsleben befördern. Unser Ziel ist ein Berufsbegleiter als Regelangebot. Wir setzen uns für die Fortführung des Projektes „gemeinsam ankommen“ (sog. SchulMini-Projekte) ein. Dieses Projekt fördert den Übergang zwischen Kita und Schule, insbesondere wird durch eine gezielte Sprachförderung der Schulstart erleichtert.

Wo organisatorische und räumliche Gegebenheiten es ermöglichen, wollen wir Grundschulen an Gemeinschaftsschulen anbinden. In Randbezirken wollen wir nach Möglichkeit Grundschulstandorte durch Bildung von Außenstellen erhalten. Punktuell wollen wir an Gemeinschaftsschulen Oberstufen einrichten. Wo Schulkonferenzen es wünschen, unterstützen wir die Umwandlung von Regionalschulen in Gemeinschaftsschulen. Die Sanierung der Lübecker Schulen ist uns ein vorrangiges Anliegen. Dabei gilt für uns, dass die Unterhaltung von bestehenden Schulen Vorrang vor Neubau oder Ausbau an neuen Standorten hat.

Wir wollen lebenslanges, berufsbegleitendes Lernen stärken. Hierbei kommt der Volkshochschule eine wichtige Rolle zu.

Die bemerkenswerte Lübecker Hochschullandschaft ist ein bedeutender Impulsgeber der Region. Die SPD wird den Umwandlungsprozess der Uni-

versität zu Lübeck in eine Stiftungsuni, unter Berücksichtigung der Interessen der Studierenden sowie MitarbeiterInnen, kritisch begleiten.

Bildung ist für uns der wichtigste Baustein einer demokratischen Gesellschaft und unverzichtbar bei der Vermittlung von Werten wie Toleranz und Solidarität. Wir wollen für gerechtere politische und soziale Bedingungen sorgen, die Familien, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung und ihrer Lebensperspektive stärken.

Inklusion ist für uns in der Zukunft stärker in den Vordergrund aller Bereiche der Kinder- und Familienpolitik gerückt werden. Jedes Kind muss frühzeitig die individuelle Unterstützung finden, die es braucht, um gleichberechtigt und selbstbestimmt an unserer Gesellschaft zu partizipieren.

Wir wollen daher die frühkindliche Bildung und Betreuung weiter stärken. Die Versorgung mit Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren muss bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden – bei Bedarf auch über die aktuellen gesetzlichen Vorgaben hinaus.

Die Forderung nach einer für die Eltern beitragsfreien Kinderbetreuung findet unsere volle Unterstützung. Klar ist aber auch, dass die Hansestadt Lübeck nicht über die notwendigen finanziellen Möglichkeiten verfügt. Wir werden uns weiterhin auf Landes- und Bundesebene für dieses Ziel engagieren, um allen Kindern die gleichen Startchancen zu ermöglichen.

Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes Miteinander und einen zielorientierten Dialog zwischen der Kindertagesbetreuung durch freie Träger und den kommunalen Kindertagesstätten ein. Kindertagesstätten, Kinderkrippen und Vorschulen nehmen in der Spracherziehung eine besondere Rolle ein. Sie sorgen bei Kindern mit- aber auch ohne Migrationshintergrund für ein sprachliches Fundament, das für die weitere Entwicklung unverzichtbar ist. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass sprachliche Bildungsangebote in solchen Einrichtungen verstärkt angeboten werden. Wir wollen die Familienzentren qualitativ weiterentwickeln und den bedarfsgerechten Service für Familien ausbauen. Familien, die Beratung, Unterstützung oder Hilfe benötigen, sollen ein wirksames und umfassendes

ZUKUNFT GESTALTEN. FÜR LÜBECK.

Angebot vorfinden, das sie in der jeweiligen Lebenssituation unterstützt.

Wir wollen die Struktur der offenen und freien Jugendarbeit zeitgemäß weiterentwickeln und an den Bedarf der Kinder und Jugendlichen anpassen. Eine neue Flexibilität und ein attraktiveres Angebot wollen wir erarbeiten. Kooperationen zwischen den Jugendzentren, Vereinen, Kindertagesstätten, Schulen usw. wollen wir stadtteilbezogen fördern. Dabei gilt für uns, dass Jugendzentren auch Rückzugsorte sind und als außerschulische Lernorte mit einer gemeinsamen Idee ein wichtiger Baustein einer qualitativ hochwertigen und vielfältigen Bildung sind. Die Jugendarbeit in Lübeck wird durch die SPD für Mädchen und Jungen gleichwertig weiterentwickelt. Unser Ansatz ist, den Bedürfnissen beider Seiten gerecht zu werden und gleichzeitig eine Lösung von überkommenen Geschlechterrollen zu ermöglichen.

Außerschulische Lernstandorte wie z.B. Geschichtsspielplätze oder Umweltwerkstätten müssen erhalten und weiter unterstützt werden. Die „Alternative“ auf der Wallhalbinsel ist ebenso zu erhalten. Musikbands, Theatergruppen und Jugendinitiativen, in denen Kinder und Jugendliche eigeninitiativ tätig sind, brauchen Übungsräume und Treffpunkte.

Wir wollen intensiv prüfen, inwiefern städtische Gebäude, wie z.B. Schulen für diesen Zweck geöffnet werden können. Diese Räume sollen dann kostenfrei für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen.

Wir wollen die interkulturelle Jugend- und Jugendverbandsarbeit in städtischer und städtisch geförderter Jugendarbeit vorantreiben.

Wir wollen politische Bildungsmaßnahmen, Simulationen und Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche als weiteren Baustein einer vielfältigen Bildung weiterentwickeln, fördern und etablieren. Das Verständnis für politische Strukturen, Prozesse der Meinungsbildung und Formen der Partizipation sind für uns die Grundlage, um Jugendlichen eine effektive Beteiligung zu ermöglichen.

Die Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche müssen überdacht, sinnvoll strukturiert und in Verwaltungsabläufen verbindlich verankert werden. Eine direktere Einbeziehung in politische Prozesse erhöht das Verständnis von Problemen und die Qualität unserer Handlungen.

Spielplätze und Grünanlagen, die mit Spielmöglichkeiten für alle Altersgruppen ausgestattet sind, müssen stadtweit erhalten und gepflegt werden. Sie sollen ein modernes und attraktives Angebot zum Spielen, Erleben und Entdecken darstellen.



FÜR DIE KULTURSTADT IM NORDEN. *LEBENDIG, ANZIEHEND, IDENTITÄTSSTIFTEND.*

Die Hansestadt Lübeck ist die Kulturstadt des Nordens. Innerhalb und außerhalb des UNESCO-Weltkulturerbes Altstadt finden Bürgerinnen und Bürger aber auch unsere Gäste zahlreiche Angebote in allen Bereichen der Musik, eine vielfältige Museumslandschaft, ein umfangreiches Theaterschaffen vom Theater Lübeck zu den unterschiedlichsten freien Bühnen und Initiativen, Ausstellungsorte bildender Kunst und eine Architektur, in der sich die Geschichte unserer Stadt bis zur Gegenwart widerspiegelt.

Diese attraktive Vielfalt wollen wir erhalten. Besonders unterstützungswürdig ist für uns die kulturelle Bildung und Betätigung von Kindern und Jugendlichen.

Lübecks Kultur prägt die Lebensqualität unserer Stadt entscheidend; macht sie lebendig, anziehend und identitätsstiftend.

Das bedeutet für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten:

Wir werden jene kulturellen Schwerpunkte besonders entwickeln, die der Kulturstadt Lübeck das ganz eigene unverwechselbare Gesicht geben.

Der freien Kultur in Lübeck erhalten wir die Spielräume, damit sie sich auch für Neues und Ungewohntes öffnen kann. Die weltoffene Gesellschaft muss gerade in der Kultur unter der Mitwirkung aller sichtbar werden.

Kinder und Jugendliche sollen altersgemäß an das reiche kulturelle Angebot herangeführt werden. Gleichzeitig bieten wir ihnen die Möglichkeit, kreativ neue Wege zu erproben. Dazu unterstützen wir die Museumspädagogik und bieten Räume für die freie kreative Entfaltung.

Das reiche kulturelle Angebot der Stadt an Theater, Musik, Literatur, bildender Kunst, Architektur, Archäologie, Denkmalpflege und Geschichte ist zielgerichtet zu bewerben.

Wir wollen in unserer Stadt auch zukünftig eine vielfältige Theaterlandschaft erhalten. Das Theater Lübeck soll unserer Stadt auch in der bewährten Organisationsstruktur als Musik- und Sprechtheater erhalten bleiben. Die Zusammenarbeit aller Theater werden wir befördern.

Wir wollen das Profil der Nordischen Filmtage stärken und durch vorhandene Partnerschaften in Lübeck sichern.

Die Musik- und Kongresshalle ist als ein hochwertiger innovativer Veranstaltungsort zu festigen und dem Schleswig-Holstein Musikfestival als ein zentraler Aufführungsort mit landesweiter kultureller Ausstrahlung zu erhalten. Die Musik- und Kongresshalle ist die Heimstatt des Philharmonischen Orchesters in Lübeck.

Wir treten für die Förderung der Musik- und Kunstschulen mit ihrem breiten Angebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene einschließlich der unverzichtbaren Begabtenförderung ein.

Wir wollen die vielfältige Landschaft der LÜBECKER MUSEEN erhalten und betrachten das Europäische Hansemuseum in Neubau und restauriertem Burgkloster als wertvolle Ergänzung.

Die inhaltliche Weiterentwicklung aller Häuser, z.B. die Zusammenarbeit der Nobelpreisträgerinstitutionen, die Schaffung eines Umweltbildungszentrums oder das Museumsquartier St. Annen werden wir konstruktiv begleiten.

Archäologie und Denkmalpflege sollen den kulturellen Stellenwert erhalten, der dem Weltkulturerbe angemessen ist. Wir wollen den Schutz und die Erforschung von Boden- und Baudenkmalern politisch unterstützen.

Wir wollen die Fortführung des Gestaltungs-/Welterbebeirat

Wir unterstützen die Forschungs- und Bildungsarbeit des Archivs der Hansestadt Lübeck und den digitalen Zugang zu den Beständen.

Wir unterstützen die Zusammenarbeit der Universität zu Lübeck mit den Lübecker Kultureinrichtungen im neugegründeten Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck.

Die Stadtbibliothek Lübeck mit 1,1 Mio. Medien wird täglich von 1.000 Bürgerinnen und Bürgern besucht und bildet damit ein Rückgrat im lokalen Bildungswesen. Neben der Zentralbibliothek stehen für die Informationsversorgung die Stadtteilbibliotheken zur Verfügung. Information ist die Grundlage aller Bildung und Wissenschaft. Die Stadtbibliothek Lübeck soll gemäß ihrem Motto "Die ganze Welt in einem Haus" gestärkt werden, um insbesondere Kindern, Jugendlichen sowie sich weiter- und fortbildenden Erwachsenen solide Grundlagen für das selbst regulierte Lernen zu geben.

FÜR EINE STADT IN BEWEGUNG.

DIE SPORTSTADT LÜBECK IM FOKUS.

Lübeck ist ein wichtiger Standort des Sports in Schleswig-Holstein. In vielen Sportarten sind Lübecker Sportlerinnen und Sportler national und international vertreten und repräsentieren unsere Stadt. Für die Lübecker SPD sind Sportlerinnen und Sportler Bündnispartnerinnen und -partner zum Erhalt der Lebensqualität und zur Stärkung des Zusammenhalts in unserer Stadt.

Die Basis dafür liefert der Breitensport in den vielen Lübecker Vereinen. Der Sport verbindet alle Menschen unterschiedlichen Alters und Herkunft. Sport bietet neben den unmittelbaren körperlichen und gesundheitsfördernden Funktionen ein wichtiges soziales Übungsfeld, in dem ein faires Miteinander und Toleranz – auch kulturübergreifend – erfahrbar wird. Circa 60.000 Menschen sind Mitglied in einem der 175 Vereine unserer Sportstadt. Hunderte Übungsleiterinnen und Übungsleiter arbeiten dort hoch engagiert.

Eine noch größere Zahl von Lübeckerinnen und Lübeckern treiben Sport außerhalb von Vereinen, vor allem beim Joggen, Walken, Radfahren oder Schwimmen. Dieses gilt es zu erhalten und auszubauen.

Wir wollen die Vertreterinnen und Vertreter des Sports sehr viel stärker in die Entscheidungsprozesse mit einbeziehen und so die Sportpolitik transparenter gestalten.

Deshalb befürworten wir, dass der Turn- und Sportbund Lübeck (TSB) besonders in die Arbeit des Ausschusses für Schule/Sport einbezogen wird.

Auf kaum einem anderen Feld sind Integration und Inklusion soweit fortgeschritten wie hier.

So unterstützen wir im Rahmen der Sportförderung die Vereine, die aktiv auf die genannten Gruppen zugehen und wollen dieses Engagement fördern, indem wir Fortbildungen für Übungsleiterinnen und Übungsleiter unterstützen.

Die Lübecker SPD sieht Schwimmhallen und die städtischen Freibäder als unverzichtbaren Teil der Daseinsvorsorge an. Deshalb stehen wir für die Beibehaltung unserer städtischen Schwimm- und Freibäder in öffentlicher Hand ein.

Lübeck als Sportstadt am Wasser bietet exzellente Bedingungen für alle Wassersportarten, besonders das Schwimmen. Schwimmen wollen wir attraktiv gestalten, damit jedes Kind in Lübeck schwimmen lernt.

Die Travemünder Woche wird als herausragendes sportliches Segelereignis in bewährter Weise von uns unterstützt.

Entsprechend der Sportförderrichtlinie werden wir die Sportstätten weiterhin angemessen unterstützen.



FÜR EIN WELTOFFENES LÜBECK. *KULTURELLE VIELFALT WERTSCHÄTZEN.*

Integration greift in unsere verschiedensten Lebensbereiche und ist eines der entscheidenden Zukunftsthemen unserer Gesellschaft. Die Vernachlässigung des Themas Integration auf politischer Ebene bedeutet zwangsläufig Handanlegen an unserer Zukunft und die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

40.000 Menschen (rund 20% der Lübecker Bevölkerung) aus 150 verschiedenen Ländern und Kulturen leben in unserer Stadt und bereichern Gesellschaft, Politik und Wirtschaft mit unterschiedlichen Talenten und Fähigkeiten. Schon jetzt werden 8% der Lübecker Unternehmen von Migrantinnen und Migranten geführt, die in unterschiedlichsten Berufsfeldern tätig sind sowie jährliche zahlreiche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Das Potential, welches uns die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt bietet, gilt es anzuerkennen und auszubauen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bedeutet Integration nicht das Aufgeben der eigenen Identität; Sprache und Kultur. Es bedeutet, vielmehr dass alle Menschen gleichermaßen an der Gesellschaft partizipieren können und die gleichen Rechte und Pflichten haben.

Unter dem Motto „Informieren statt Diskriminieren“ werden wir es uns zur Aufgabe machen, zusammen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die aktuelle Situation und über die genauen Umstände der

Integration/ Migration in Lübeck aufzuklären und auf diesem Weg Stereotypen sowie Vorurteile auf allen Seiten abzubauen. Wir wollen die Kooperation von Politik, Verwaltung und Migrantenselbsthilfeorganisationen (MSOs) stärker vorantreiben.

Die SPD wird sich auf kommunaler und Landesebene dafür einsetzen, dass auf der Basis des weiterzuentwickelnden Lübecker Integrationskonzeptes Initiativen ergriffen werden, die u.a. in ihrer Gesamtheit die Probleme in den Bereichen gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie Kinder- und Jugendförderung angehen. Ein großes Augenmerk setzen wir hierbei auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, insbesondere auch auf die effektive Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen, sowie auf Bildung im Kinder-, Jugend- als auch Erwachsenenbereich. Auch unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund müssen in diesen Gestaltungsprozess eingebunden werden und sich aktiv beteiligen. Zur Unterstützung der Integrationsanforderungen ist die Aufgabenerledigung in der Verwaltung ausreichend abzusichern.

Alleine die Qualifikation eines Menschen muss darüber entscheiden, ob ein persönliches Bewerbungsgespräch zustande kommt. Geschlecht, Alter oder Herkunft dürfen hierbei keine Rolle spielen. Deshalb setzen wir uns beim Bürgermeister dafür ein, das anonymisierte Bewerbungsverfahren auch in der städtischen Verwaltung umzusetzen.



FÜR FRAUEN UND GLEICHSTELLUNG.

POLITIK AKTIV UND VOR ORT.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Jede politische Entscheidung in der Kommune muss auch unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, ob sie die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern voranbringt.

Bereits seit 2003 ist die EU-Richtlinie zum Gender Mainstreaming, womit das Ziel dieser Gerechtigkeit verfolgt wird, Grundlage von Politik in und für Lübeck. Gender Budgeting" – d.h. die gerechte Zuweisung von Finanzmitteln an Frauen wie an Männer – ist die Fortsetzung auf dem Gebiet der Haushaltspolitik und wird im Bereich von Jugendhilfeplanung, Kindertagesstätten u.a.m. von uns schon erfolgreich praktiziert. In Zukunft wollen wir den Geltungsbereich von Gender Budgeting stetig weiter ausdehnen.

Bei der Besetzung der Ausschüsse und Aufsichtsräte der Bürgerschaft streben wir gleichfalls eine Parität von Frauen und Männern an. Dies gilt auch und besonders für die Wahrnehmung von Leitungsfunktionen.

Die SPD fördert gezielt junge Frauen als politischen Nachwuchs. Überhaupt gilt es die politische Arbeit in der Kommune so umzugestalten, dass sie für interessierte Frauen – in allen Lebensphasen und Lebenslagen – zunehmend attraktiver wird.

Wir unterstützen das Lübecker Frauenbüro bei der Wahrnehmung seiner wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben. Gleichstellung ist Verfassungsgebot!

In der Lübecker Stadtverwaltung erhalten Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen – insbesondere auch Menschen mit Verantwortung in Kindererziehung und Pflege.

Nach außen soll der Service der Stadt mit noch mehr Rücksicht auf Familien, kulturelle Diversität und die Situation gehandicapter Menschen umgestaltet werden.

Die Lübecker Frauenhäuser und -beratungsstellen sind unter der vorigen Landesregierung weit überproportional von Kürzungen betroffen gewesen. Diese Kürzungen werden zurzeit seitens der neuen Landesregierung zurückgenommen, was wir ausdrücklich begrüßen. Wir werden aber auch selbst alle Einrichtungen konsequent fördern, welche Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen und ihnen Hilfen zu einem selbstbestimmten Leben geben; denn Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Nur eine diskriminierungsfreie Kommune ist eine lebenswerte Kommune! Die SPD Lübeck bekämpft alle Formen von Diskriminierung, aufgrund von Herkunft, Religion oder Behinderung ebenso wie aufgrund von Geschlecht und Alter.

Uns ist bewusst, dass Frauen mit Migrationshintergrund oftmals an doppelter Diskriminierung – als Frau und als Migrantin – leiden. Häufige diskriminierende Erfahrungen mindern die Möglichkeiten und die Motivation zur gesellschaftlichen Partizipation. Lübeck als diskriminierungsfreie Kommune wird betroffene Frauen besonders unterstützen.

Selbsthilfegruppen und ehrenamtliches Engagement, insbesondere im Gesundheitswesen, im Kulturschaffen und in sozialen und pädagogischen Arbeitsfeldern, werden zu einem erheblichen Anteil von Frauen getragen und gestaltet. Die ehrenamtliche Tätigkeit erfordert zur Unterstützung und Sicherung ihrer Kontinuität hauptamtliche Begleitung. Dies sichern wir auch weiterhin.



FÜR UNSER LÜBECK. MIT SICHERHEIT.

Wir streben eine Wahl des Beirates für Seniorinnen und Senioren durch die Bürgerschaft an. Die Kandidatinnen und Kandidaten für den Beirat sollen durch die Wohlfahrtsverbände und andere Interessengruppen der für Seniorinnen und Senioren benannt werden. Dabei muss jedoch gewährleistet sein, dass sich Frauen entsprechend ihrem Anteil in dieser Altersgruppe vertreten finden – umso mehr, da ihre sonstigen Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe oftmals durch Altersarmut, gesundheitliche Beeinträchtigungen oder eingeschränkte Mobilität begrenzt sind. Zur besseren Teilhabe am öffentlichen Leben werden wir die Anzahl der Frauenparkplätze erhöhen; durch entsprechende Ausgestaltung und Beleuchtung im Umfeld dieser Parkplätze verringern wir „Angsträume“ für Frauen und sorgen für mehr Sicherheit.

Die SPD sichert bedarfsgerechte Kinderbetreuung vor Ort – für alle Altersgruppen, mit flexiblen Öffnungszeiten und in hoher Qualität!

„Längeres gemeinsames Lernen für alle“ bedeutet für uns nicht nur mehr und bessere Bildung, sondern auch mehr Gleichstellung. Gemeinschaftsschulen, Ganztagsunterricht und Inklusion entlasten Kinder und Eltern, durch gerechtere Chancen und verringerte Abhängigkeit vom häuslichen Umfeld.

Das – auch in Lübeck noch stark eingeschränkt erscheinende – Berufswahlspektrum junger Mädchen erweitern wir durch gezielte Information und kontinuierliche Unterstützung, vor allem in Hinblick auf technische und naturwissenschaftliche Berufe.

Die Jugendarbeit in Lübeck wird durch die SPD für Mädchen und Jungen gleichwertig weiterentwickelt. Unser Ansatz ist, den Bedürfnissen beider Seiten gerecht zu werden und gleichzeitig eine Lösung von überkommenen Geschlechterrollen zu ermöglichen.

Minijobs und ungewollte Teilzeittätigkeit sind eine Falle vor allem für Frauen mit gering qualifizierten Abschlüssen, sowie für Alleinerziehende – in erster Linie Mütter – mit Kindern. Dies gilt auch in Lübeck, wo diese Gruppen sehr stark im Bezug von ALG II (ausschließlich oder unterstützend) vertreten sind. Die SPD kämpft für Lohngleichheit und Tariftreue, gegen Dumpinglöhne und „Arbeitszeitfallen“. Denn ohne Gleichstellung am Arbeitsmarkt kann es für Frauen überhaupt keine Gleichstellung geben!

Wir werden alles Notwendige dafür tun, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Lübeck und ihre Gäste sicher fühlen können.

Der Schutz vor Kriminalität ist die Aufgabe von Polizei und Justiz in enger Zusammenarbeit mit der Hansestadt Lübeck.

Lübeck ist eine sichere Stadt. Das verdanken wir der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Lübecker Polizei. Diese Zusammenarbeit muss weiter gepflegt und dort ausgebaut werden, wo es nötig ist. Wir begrüßen die Einrichtung von Stadtteilrevieren, wie zuletzt in Buntekuh.

Wir werden weiterhin kriminalpräventive Maßnahmen unterstützen. Dazu zählen insbesondere Projekte für jugendliche Fußballfans und der bedarfsgerechte Einsatz von Mobiler Jugendarbeit (Streetworker). Seit 50 Jahren werden die Lübecker Kinder und Jugendlichen auf die sich ändernden Erfordernisse des modernen Straßenverkehrs in der Jugendverkehrsschule „Meesenring“ vorbereitet. Für den Erhalt dieser Einrichtung setzen wir uns ein.

Die Abwehr von Gefahren ist die Aufgabe der Feuerwehren in Lübeck. Das bewährte System der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehren bleibt erhalten. Wir werden die notwendigen Mittel für eine optimale Gefahrenabwehr dauerhaft bereitstellen. Ein zeitgemäßer Feuerwehrbedarfsplan soll die dafür notwendigen Maßnahmen aufzeigen.





WWW.MEIN-LUEBECK-PROGRAMM.DE